Prunk's Milch-Seife
Dresden.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Hugo Borack
Hoflieferant
Altmarkt, Seestrasse 1.
Wollene gestrickte
Herren-, Damen- und Kinderweston
in allen Preisen.
Ausverkauf
in Blousen und Kleidchen
unter Kostenpreis.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Eing. Schutzm. Carl Tiedemann, Hoflieferant. Gegr. 1833.
Geruchlos **Bohnerwachs** Geruchlos
für Parket, Linoleum und gestrichene Fussböden; gelb und weiss.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 18.
Zwickauerstr. 40, Neust.: Heinrichstr. (Stadt Görlitz).

C. HESSE ✦ ALTMARKT
Königlicher Hoflieferant
Grösstes Specialgeschäft für weibl. Handarbeiten.
Hervorragende Neuheiten der Saison.
Gepräfte Brustkissen in allen Preislagen.
Reichste Auswahl aller Tapisserie-Materialien.

Solide, elegante deutsche und **englische Tuchwaaren**
empfiehlt in grossartigster Auswahl billigst **C. H. Hesse**, 20 Marienstrasse 20, Ecke Margarethenstrasse (3 Raben).

Nr. 302. Spiegel: Nordamerikanische Wahl. Hofnachrichten. Stadtverordneten-Sitzung. Zoologischer Garten. Bezirksausschuß. Sauter-Concert. Ausstellung von Handzeichnungen. | Muthmaßliche Witterung: Aufklärend, frisch | **Sonnabend, 31. Oktbr.**

Heute am Reformationsfeste bleiben sämmtliche Geschäftsräume geschlossen.

Morgen sind die Geschäftsstellen wie Sonntags, von 11—½1 Uhr, geöffnet.

Die nächste Nummer erscheint Montag, den 2. November, und gelangt von 9 Uhr Vormittags an zur Ausgabe.

Politisches.

Die große nordamerikanische Wahlkampagne nähert sich ihrem Ende. Am 3. November wird die Entscheidung fallen, wer am 4. März nächsten Jahres in das Weiße Haus zu Washington als Präsident der Vereinigten Staaten einziehen wird. Die eigentliche Präsidentenwahl erfolgt allerdings erst einige Wochen später durch die Wahlmänner, die am Dienstag durch das Volk gewählt werden; aber aus dem Ergebniß der Wahlmännerwahlen läßt sich meist mit einiger Gewißheit darauf schließen, welcher von den Kandidaten den Sieg erringen wird. Dieses indirekte Wahlverfahren bei der Wahl des Oberhauptes der nordamerikanischen Republik hat sich nicht bewährt. Die Gründer der Unionsverfassung waren von einem idealen Standpunkte ausgegangen, als sie bestimmten, daß der Präsident nicht durch unmittelbare Volkswahl, sondern durch ein Kollegium von Wählern aus den verschiedenen Einzelstaaten gewählt werden sollte; sie ahnten nicht die ungeheuerliche Korruption, die dieser Modus zeitigen würde, sondern sie glaubten, das Volk würde seine besten Männer zu Wahlmännern und diese würden ihrerseits den Allerbesten zum Präsidenten wählen. In Wirklichkeit ist dieses indirekte Wahlsystem zu einer Komödie, zu einer Satire auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes geworden. Nicht das Volk, sondern die Leitung der großen politischen Parteien bestimmt, wer alle vier Jahre an die Spitze der Union treten soll; die Parteiführer stellen lange vor den allgemeinen Volkswahlen die Präsidentschaftskandidaten auf und die Wahlmänner erhalten dann lediglich den Auftrag, einem von diesen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Somit üben die Wahlmänner in Nordamerika gar keine Wahl mehr aus; sie sind im Grunde nur dazu da, die Wahlkrisis, die Zeit der leidenschaftlichen Unruhe und Spannung noch um einige Wochen zu verlängern. Die Erfahrung hat erwiesen, daß dem nordamerikanischen Verfahren die Art, wie in den beiden europäischen Republiken, in Frankreich und in der Schweiz, der Präsident gewählt wird, unstreitig vorzuziehen ist. In Frankreich treten Senat und Abgeordnetenkammer zu der sog. Nationalversammlung zusammen, um das Staatsoberhaupt zu wählen. Das hat zur Folge, daß nur die Fraktionen der beiden Kammern, nicht aber die Bevölkerung im ganzen Lande bis in die tiefsten Schichten in die bedenklichste Aufregung versetzt werden, ohne daß dabei dem idealen Gedanken, daß das Volk sich selbst sein Oberhaupt bestimmen solle, irgendwie Rechnung getragen wird. Sehr einfach vollzieht sich die Wahl des Bundespräsidenten der schweizerischen Eidgenossenschaft, der aus der Mitte des aus sieben Personen bestehenden Bundesraths gewählt wird.

Die Zahl der Wahlmänner, die am Dienstag zu wählen sind, ist auf 447 gestiegen, so daß sich mindestens 224 Stimmen auf einen Kandidaten vereinigen müssen, damit er als zum Präsidenten gewählt angesehen werden kann. Jeder Einzelstaat hat so viel Wahlmänner zu wählen, als er Abgeordnete in den Senat und das Abgeordnetenhaus des Kongresses entsendet. In den Senat hat jeder Staat zwei Mitglieder zu wählen, während die Anzahl der Abgeordneten sich nach der Einwohnerzahl jedes Staates richtet. Die meisten Wahlmänner hat in Folge dessen der Staat New-York zu wählen, nämlich 36, dann folgt Pennsylvanien mit 32, Illinois mit 24, Ohio mit 23, Missouri mit 17. Am ersten Mittwoch des Dezember treten die Wahlmänner eines jeden Staates in der Hauptstadt desselben zusammen, um ihre Stimmen abzugeben. Das Ergebniß ihrer Wahl wird von den Staatsbehörden beglaubigt, worauf die Akten nach der Bundeshauptstadt Washington geschickt werden, wo am zweiten Mittwoch des Februar vor dem versammelten Kongreß die Zählung der von den Wahlmännern abgegebenen Stimmen erfolgt. Tritt der Fall ein, daß im Wahlmännerkollegium kein Kandidat die absolute Mehrheit erhält, so wählt das Abgeordnetenhaus unter den drei Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bisher ist dieser Fall seit der Gründung der Republik nur zwei Mal vorgekommen, im Jahre 1880, wo Jefferson und Aaron Burr eine gleiche Anzahl von Wahlmännerstimmen erhielten und Jefferson durch das Repräsentantenhaus gewählt wurde, und im Jahre 1824, wo dieses unter drei Kandidaten John Quincy Adams wählte. Falls auch im Repräsentantenhause keine Wahl zu Stande kommt, entscheidet der Senat; dieser Fall ist aber bisher noch nicht vorgekommen.

Der Ausgang des Präsidentschaftswahlkampfes ist diesmal ungewisser als je. Nicht weniger als sechs Kandidaten sind aufgestellt worden, von denen freilich nur zwei, der bekannte republikanische Hochschutzzöllner Mac Kinley und der demokratisch-populistische Bryan ernstlich in Frage kommen, während die übrigen Kandidaturen mehr oder weniger nur als Zählkandidaturen angesehen werden können. Nach ihren Prophezeiungen hätte sowohl die Mac Kinley'sche wie die Bryan'sche Partei einen glänzenden Sieg zu erwarten. Bei den Anhängern Mac Kinley's erscheint indessen die siegesgewisse Haltung einigermaßen verdächtig; man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die z. Th. künstlich erzwungene Unerschütterlichkeit an den Glauben der siegreichen republikanischen Fahnen den Zweck haben soll, schwankende Elemente der Partei zuzuführen. Jede Partei malt natürlich die Folgen eines Sieges des Gegners in den schwärzesten Farben und betrachtet sich als die alleinige Vertreterin von Tugend und Gerechtigkeit. Wichtiger aber als alle Mittel der Reklame und der gegenseitigen Maltraitirung in Wort und Schrift, worin wir Europäer im Vergleich mit den Nordamerikanern arme Waisenknaben sind, ist der Einfluß des Dollars. Dieser ist der ausschlaggebende Faktor bei der Entscheidung der Präsidentschaftswahlkampagne. Von dem geradezu beispiellosen Bestechungssystem bei den Wahlen in der Union hat man bei uns meist nicht die richtige Vorstellung. Es giebt dort Wahlbezirke, wo alle Stimmen käuflich sind. Fast überall wird ein großer Prozentsatz der Stimmen gekauft; entweder wird dabei baares Geld gezahlt oder die etwas vornehmere Form der Bestechung durch Schnaps, Bier und dergl. angewendet. Es ist in manchen Gegenden nichts Ungewöhnliches, daß Farmer mit ihren Söhnen und gemietheten Leuten zur Stadt fahren und vor der Wahl ihre Stimmen in einer Art Auktion dem höchsten Bieter überlassen. Am Wahltage werden alle der Partei sicheren anständigen Wähler herangeholt. Dann geht man an die Bearbeitung der Zweifelhaften, von denen jeder je nach seiner Natur und den Umständen behandelt wird. Ist die Zahl der käuflichen Stimmen, der sog. „Schwimmer", sehr groß, so sucht man sie gruppenweise anzuwerben. Oft müssen diese Herren sehr sorglam behandelt werden. Sie sind empfindlich, wenn sie erfahren, daß die Partei, der sie eigentlich zugehören, sie in der Rubrik der Zweifelhaften führt; sie nehmen dann schon aus Rache die Partei des Gegners. Sonst kommt es vor, daß sie das Angebot des Letzteren ihrer Partei mittheilen und bei gleicher Zahlung für diese stimmen. Im Allgemeinen geht das Stimmenkaufen sehr regelmäßig und geschäftlich vor sich. Es hängt dabei Alles von der Höhe der Nachfrage ab. Ungeübte „Schwimmer" sind oft so leichtsinnig, ihre Stimme im Voraus für ein Sportgeld zu verkaufen; in diesem Falle werden sie von den Käufern bis kurz vor der Wahl hinter Schloß und Riegel gehalten und dann heerdenweise zur Urne geführt. Es giebt auch Unternehmer, die auf Spekulation Stimmen kaufen und dann die ganze Masse der meistbietenden Partei abtreten. Gerissene „Schwimmer" gehen aber auf so etwas nicht ein. Sie gehen zwischen den Wahlbureaus hin und her und warten, bis ein anständiger Preis geboten wird. Ein Dollar für die Stimme ist das Minimum. Es werden aber gewöhnlich bei dem Stimmenschacher weit höhere Preise erzielt. Ein Farmer im Staate New-York wollte vom Wahlvorstand einen Ochsen kaufen, wurde aber nicht handelseinig. Da gerade Wahl war, benutzte er diese günstige Gelegenheit und verkaufte seine und seiner zwei Söhne Stimme für den Ochsen. Ein Geistlicher in demselben Staate ließ sich und seinem Sohne je 40 Dollars für die Stimme bezahlen. Man mag aus diesen Beispielen ersehen, daß bei den Präsidentschaftswahlcampagnen von einer freien Volkswahl, von dem republikanischen Selbstbestimmungsrechte kaum noch die Rede sein kann. Die Politik ist in Nordamerika reine Geschäftssache, und die großen wirthschaftlichen Fragen, die bei der gegenwärtigen Wahlbewegung auf der Tagesordnung stehen, werden zum guten Theil durch die Macht des Geldes entschieden.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. Oktober.

Berlin. Der Kaiser fährt morgen früh von Blankenburg nach Potsdam zurück. — Der Kaiser hat, wie verlautet, sämmtlichen deutschen Fürsten ein Widmungsexemplar der neuesten, nach seinen Angaben vom Professor Knackfuß hergestellten Zeichnung übermitteln lassen. Der Sendung dieser Zeichnung, „Sieg des deutschen Michel's über die Frieden und Wohlfahrt bedrohenden Mächte der Finsterniß", ist eine erklärende Auseinandersetzung des malerischen Vorgangs beigefügt. — Gemäß der Erklärung, welche Fürst Hohenlohe im Reichstag bei der Verhandlung über den Erlaß eines Vereinsgesetzes abgegeben, daß in den einzelnen Staaten das Verbot der Verbindung politischer Vereine miteinander beseitigt werden würde, sind in Preußen die Vorbereitungen für einen Gesetzentwurf alsbald begonnen worden. Derselbe befindet sich aber, wie mehrfach berichtet wird, noch im Stadium der Erwägungen. — Die Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland über die bestehenden Zollschwierigkeiten werden, wie die „Düna-Ztg." meldet, in kurzer Zeit ihren Abschluß finden, da beide Parteien sehr entgegenkommend seien und der status quo ante somit bald wieder hergestellt sein werde. Deutschland werde das Einfuhrverbot auf Schweine aufheben, während Rußland die in Anwendung gebrachten Zollrepressalien fallen lassen wird.

Berlin. Der Berliner Magistrat hat heute das Gesuch des Arbeitsausschusses der Berliner Gewerbe-Ausstellung „der Magistrat wolle beschließen und die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung dazu erwirken, daß ihm im Beschluß die Verpflichtung erlassen werde, das zur Ausstellung verwendete Terrain des Treptower Parkes wiederum als Park herzustellen", abgelehnt. — In der Berliner Metallindustrie haben, wie in einer gestrigen Agitationsversammlung seitens des Vertrauensmannes der Metallarbeiter mitgetheilt wurde, die Streiks in den verschiedenen Branchen in diesem Jahre bereits über 145,000 Mark gekostet. — Der verhaftete Mörder Werner hat ausgesagt, daß er auf seiner Wanderung in Brandenburg eine scharfe Kontrole der Papiere durch die Polizei zu bestehen hatte, man habe ihn aber durchgelassen. Er sei nun über Genthin-Magdeburg nach Halberstadt gegangen. Zum größten Theil nächtigte er in den Verpflegstationen, zuweilen aber auch im Freien. Wiederholt sah er seinen Steckbrief in den Ortschaften aushängen. Auf dem Wege von Halberstadt nach Quedlinburg erwiderte er einem Gendarmen, der ihm auf den Kopf zusagte, daß er Werner sei: „Es fällt mir nicht ein, mein Name ist Winter." Er zeigte seine Papiere, worauf der Gendarm seines Weges zog. Dann ging Werner nach Wernigerode. Da er kein Obdach hatte, ging er zur Polizei und meldete, daß er ohne Wohnung sei. Man gab ihm Obdach für die Nacht. Am nächsten Tage zog er über Harzburg nach Zellerfeld, wo ihn sein Schicksal ereilte. „Ich bin," sagte er aus, „den ganzen Weg zu Fuß gewandert und habe keine Noth gelitten, da ich mich in den Verpflegstationen ernährte und auch tüchtig bettelte. Als ich festgenommen wurde, hatte ich noch 12 Pfennige bei mir, die ich durch Betteln zusammengebracht." Einer der Häftlinge, dem in der Nacht die Bewachung Werner's obgelegen hatte, erklärte zu Protokoll, daß Werner von dem Vergraben der Hose und des Messers im Schlafe gesprochen habe. Werner bestreitt das nicht. Das passirte ihm öfters seit der Mordthat, und als er gefragt wurde, ob ihn denn nicht seit dem Schreckenstage eine unsagbare Unruhe plage, erklärte er: „Nein, ich weiß daß ich Unrecht gethan habe, aber ich habe mich selbst oft genug über die Ruhe gewundert, welche ich empfunden." Er gab zu, daß er im Verein mit Grosse es auf das Leben und das Geld des Justizraths und seiner Ehefrau abgesehen habe. Er und Grosse hätten mit getheilten Rollen gearbeitet. Dem Grosse sei hierbei die Aufgabe zugefallen, die Frau Justizrath zu tödten, während er selbst den alten Herrn niederstechen wollte; in der Dunkelheit aber und in der durch das Geschrei der im Schlafe Ueberfallenen hervorgerufenen Verwirrung habe man die Betten verwechselt; so sei es gekommen, daß Grosse den Justizrath niedergestochen, er selbst aber die Ehefrau nur leicht an der Hand verwundet habe. Der Plan zur Mordthat liegt nach den Angaben Werner's 14 Tage zurück. Den Anstoß habe Grosse gegeben, der sich in steter Geldverlegenheit befunden habe.

Berlin. Zu der bekannten Beleidigungsaffaire des Oberhofmarschalls Grafen v. Eulenburg wird berichtet, daß der Strafsenat des Königl. Kammergerichts die Beschwerde des in Untersuchungshaft befindlichen Journalisten Heinrich Leckert-Larsen gegen den Beschluß des Königl. Landgerichts I, daß die Haft fortdauern sollte, in seiner letzten Sitzung zurückgewiesen hat. Der Berichterstatter Karl v. Lutzow ist von Neuem verhaftet und heute Vormittag nach dem Untersuchungsgefängniß gebracht worden. — Das anarchistische Wochenblatt „Armer Konrad" ist konfiszirt worden.

Berlin. Oberpostdirektor a. D. Geh. Oberpostrath Kühl in Dresden erhielt den Rothen Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub. — Der Bundesrath hat beschlossen, daß vom 1. November ab bei der steuerfreien Verwendung von Branntwein zu gewerblichen 2c. Zwecken folgende Brennsteuervergütungen für jedes Liter reinen Alkohol gewährt werden: 1. in denjenigen Fällen, in denen Branntwein zur Essigbereitung verwendet wird, 6 Pfennige; 2. in denjenigen Fällen, in denen Branntwein mit den allgemeinen Denaturirungsmitteln denaturirt wird, 15 Pfennige. — Der Entwurf eines Handelsgesetzbuches wird jetzt, nachdem der Handelsstand in seiner geordneten Vertretung in ausgiebigster Weise zu Worte gekommen ist, im Reichsjustizamte einer nochmaligen Durchsicht unterzogen und wird dann, wahrscheinlich in der ersten Hälfte des November, an den Bundesrath gebracht werden; etwa um Weihnachten wird er an den Reichstag gelangen.

Leipzig. Nachdem die Aktiengesellschaft für Trübertrocknung in Kassel bereits in Bosnien, Galizien und Finnland behufs lukrativer Ausnützung der ihr gehörigen Bergmann'schen Patente zur Verwerthung von Holz und Holzabfällen selbstständige Aktiengesellschaften in's Leben gerufen hat, ist soeben zwischen dieser Gesellschaft und der ihr nahe stehenden Leipziger Bank ein Abkommen, betr. die Errichtung eines analogen großen Unternehmens für Rußland getroffen worden.

Breslau. Der als Militärschriftsteller bekannte Generalleutnant z. D. Köhler, welcher im Feldzuge 1870/71 die Korps-Artillerie des 5. Korps führte, ist gestern hier am Herzschlag gestorben.

Meseritz. In der heutigen Verhandlung des Opalenitza-Prozesses beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Rajewicz sen. nur der Verletzung des Vereinsgesetzes schuldig zu erklären, Rajewicz jun. und Urbanski freizusprechen.

Erfurt. Heute früh erschossen sich die Kaufleute Hermann und Max Wahl, Inhaber der Damenmäntelfabrik Moritz Wahl, in ihrem Geschäftslokal.

Wilhelmshaven. Der französische Marineattaché in Berlin, Leutnant Buchard, ist zur Besichtigung der Marineanlagen hier eingetroffen.

* **Eydtkuhnen.** Das russische Kaiserpaar passirte Abends 6½ Uhr wohlbehalten den hiesigen Grenzbahnhof.

München. Im Hadererprozeß führte der Staatsanwalt in seinem Plaidoyer aus, die Angeklagten seien des Vergehens des Landfriedensbruches schuldig. Bürgermeister Steingräber, der das Haderfeldtreiben veranstaltete, demselben aber nicht beiwohnte, sowie der Angeklagte Killi, welcher die Knüttelverse verfaßte, seien nicht als Rädelsführer im Sinne des Gesetzes zu betrachten und somit auch nicht vor das Schwurgericht zu verweisen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Steingräber und Killi je 3 Jahre Gefängniß, gegen die übrigen Angeklagten von 6 Monaten bis 1¾ Jahr, bezüglich einer Angeklagten Freisprechung.

Freinsheim i. Bayern. Auf dem hiesigen Bahnhofe sind zwei Züge aufeinander gefahren, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden.

Ulm. Der Bankier Kuno Unrath, der heute wegen mehrfacher Unterschlagungen verhaftet werden sollte, hat sich gestern Abend in seiner Wohnung in Neu-Ulm erschossen.

Sigmaringen. Der Fürst und der Erbprinz von Hohenzollern sind nach Potsdam abgereist, um der Taufe der Tochter des Prinzen Anton von Hohenzollern beizuwohnen.

Wien. Erzherzog Otto ist zum Generalmajor befördert worden. — Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter und dritter Lesung das Gerichtsorganisationsgesetz und die Gesetze betreffend die Einführung der Gewerbegerichte und betreffend die Gerichtsbarkeit in Lohnstreitigkeiten an.

Pest. Dem Pester Lloyd zufolge soll Kaiser Franz Josef in den letzten Tagen einen die „Enthüllungen" der Hamburger Nachrichten betreffenden eigenhändigen Brief vom Kaiser Wilhelm erhalten haben.

Paris. Der Minister der Kolonien erhielt ein Telegramm des Generals Gallieni aus Port Louis vom heutigen Tage, in welchem gemeldet wird, daß der Minister des Innern Rainandriamampandry und der Prinz Ratsimanangа der Mitschuld an dem Aufstande für schuldig befunden, von dem Kriegsrathe zum Tode verurtheilt und in Tananarivo hingerichtet worden sind. Der Premierminister Rainitzimbafafoy hat seine Entlassung genommen, der Posten desselben soll nicht wieder besetzt werden.

Brüssel. Die „Indep. belge" theilt mit: Im Geiste der Versöhnlichkeit und der Sympathie gegenüber den auswärtigen Mächten, um einer Wiederholung von Zwischenfällen, wie es der Fall Stokes war, vorzubeugen, habe die Regierung des Kongostaates ein Dekret veröffentlicht, durch welches die aus dem Auslande kommenden Karawanen von der Beobachtung der früheren Vorschriften unter der Bedingung entbunden werden, daß sie im Besitz eines amtlichen Geleitscheines ihrer Regierungen sind. Das Dekret erleichtere gleichzeitig die Zollformalitäten an den Ostgrenzen des deutschen und englischen Schutzgebietes. In Mtowa am

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Wäsche und Haushalt